



# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Umwelt- und Agrarausschuss**

19. Wahlperiode - 32. Sitzung

am Mittwoch, dem 20. Juni 2019, 13 Uhr,  
im Sitzungszimmer 136 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Oliver Kumbartzky (FDP)

Vorsitzender

Hauke Göttisch (CDU)

Klaus Jensen (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Andreas Hein (CDU)

i. V. v. Anette Röttger

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)

Kerstin Metzner (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Marlies Fritzen

Flemming Meyer (SSW)

**Weitere Abgeordnete**

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Tierexporte in tierschutzrechtlich problematischen Staaten stoppen</b>	<b>4</b>
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1291	
	<b>Tiertransporte begrenzen und Tierschutzstandards durchsetzen</b>	<b>4</b>
	Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1332	
	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Umdruck 19/2631	
<b>2.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>7</b>

Der Vorsitzende, Abg. Kumbartzky, eröffnet die Sitzung um 13:20 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

**1. Tierexporte in tierschutzrechtlich problematischen Staaten stoppen**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 19/1291](#)

**Tiertransporte begrenzen und Tierschutzstandards durchsetzen**

Alternativantrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 19/1332](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
[Umdruck 19/2631](#)

(überwiesen am 7. März 2019)

hierzu: [Umdrucke 19/2211](#), [19/2311](#), [19/2383](#), [19/2384](#), [19/2395](#),  
[19/2396](#), [19/2397](#), [19/2399](#), [19/2410](#), [19/2433](#),  
[19/2434](#), [19/2438](#), [19/2631](#), [19/2632](#)

Die Regierungsfractionen bringen den aus [Umdruck 19/2631](#) ersichtlichen Antrag ein.

Dem Ausschuss liegt zur Diskussion ebenfalls die vom Wissenschaftlichen Dienst des Landtags ausgearbeitete Stellungnahme zum Thema Tiertransporte in Drittländer, [Umdruck 19/2632](#), vor.

Auf Nachfragen der Abg. Eickhoff-Weber legt Herr Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, dar, der Erlass in Schleswig-Holstein gebe die Anforderungen nach der EU-Tiertransportverordnung wieder. Bezüglich der Vorlaufatteste wiederholt er seine Ausführungen aus einer vorherigen Sitzung, dass deren Ausstellung nach seiner rechtlichen Einschätzung nicht verweigert werden dürften. Weitere Fragen müsse die transportgenehmigende Behörde prüfen.

Innerhalb der Europäischen Union werde auf die Anwendung der EU-Verordnung gesetzt. National könne man darüber nicht hinausgehen.

Stelle man fest, dass die EU-Tierschutzverordnung unzureichend sei, müssten die Bestrebungen dahin gehen, die EU-Verordnung zu ändern. Insbesondere hinsichtlich der Frage, welche Möglichkeiten die Behörden hätten, Bedingungen für das Tierwohl nach der Abladung in Empfängerländer festzulegen, sei er der Überzeugung, eine solche Überprüfung und Einbeziehung der Veterinäre müsse möglich gemacht werden. Aus diesem Grund habe er diese Forderung in die AMK eingebracht. Diesbezüglich verweist er außerdem auf entsprechende Beschlüsse des Europäischen Parlaments. Hinsichtlich der Zertifizierung von Routen und Entladestellen müsse es einen gemeinsamen Informationsaustausch geben. Gegenüber dem Bund sei eingefordert, ein solches System aufzubauen, sodass den Veterinären entsprechende Informationen zur Verfügung gestellt werden könnten. Das gehe ihm noch nicht weit genug. Er fordere dazu auf, dass nicht nur die Gesundheit der Tiere während des Transportes kontrolliert werde, sondern auch Kontrollmöglichkeiten hinsichtlich des Tierwohls nach der Abladung bestünden.

Der schleswig-holsteinische Erlass gebe die notwendige Klarheit, was aber nicht bedeute, dass er Zufriedenheit erzeuge. Grund dafür sei die bestehende Rechtslage.

Der Ausschuss diskutiert im Folgenden ausführlich über den von Abg. Eickhoff-Weber eingebrachten Antrag, der von Abg. Meyer unterstützt wird, die Beratungen bis nach der Sommerpause zu verschieben, um den Oppositionsfraktionen die Möglichkeit zu geben, das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes auszuwerten sowie eine Diskussion innerhalb der Fraktionen sowie die Ausarbeitung von Änderungsanträgen zu ermöglichen.

Abg. Rickers hingegen vertritt die Auffassung, es sei geboten, so schnell wie möglich eine Beschlusslage des Landtages herbeizuführen. - Dem schließt sich Abg. Schnurrbusch für seine Fraktion an.

Abg. Petersdotter unternimmt den Versuch, zwischen den beiden Positionen zu vermitteln.

Daraufhin beantragt Abg. Rickers eine Sitzungsunterbrechung.

(Unterbrechung: 13:50 bis 14:00 Uhr)

Die Vertreter der Koalitionsfraktionen sprechen sich dafür aus, die Beratungen in dieser Sitzung abzuschließen.

Der Ausschuss fasst sodann folgende Beschlüsse:

1. Er empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW, den Antrag [Drucksache 19/1291](#) abzulehnen.
2. Er empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW, den Antrag [Drucksache 19/1332](#) abzulehnen.
3. Er empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW, den aus [Umdruck 19/2631](#) ersichtlichen Antrag zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

## **2. Verschiedenes**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Kumbartzky, schließt die Sitzung um 14:05 Uhr.

gez. Oliver Kumbartzky  
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin